

Bekanntmachung

Die 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung findet am Dienstag, den 12.07.2016 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 31.05.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Vorstellung des Projekts "Frühe Hilfen" durch den Verbund für Soziale Projekte
- 4.2 Stand der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten
- 4.3 Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0062/2016
- 4.4 zur Einführung einer / eines Kinderbeauftragten
Einreicher: SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0061/2016
- 4.5 Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD
Vorlage: AN 0012/2015
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen - keine
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 31.05.2016
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:30 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

stellv. Vorsitzende/r

Herr Reinhard Kremser

Mitglieder

Frau Dr. Heike Carstensen

Herr Heino Fleischer

ab 17:05 Uhr

Herr Harald Ihlo

Frau Anett Kindler

Frau Maria Quintana Schmidt

Vertreter

Frau Kathrin Ruhnke

Vertretung für Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Frau Ann Christin von Allwörden

Vertretung für Frau Kerstin Friesenhahn

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Herr Holger Albrecht

Herr Peter Faasch

Frau Sabine Fielitz-Gierke

Frau Patricia Kostencki

Gäste

Herr Benjamin Fischer

Frau Regina Günzel

Frau Marlies Koch

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.04.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen

- 4.1 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR)
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0038/2016
- 4.2 Barrierefreiheit von Fußwegen, Verwaltungsgebäuden, und öffentlichen Veranstaltungen
- 4.3 Beratung zu "dunklen Ecken" in Stralsund - Bessere Beleuchtung von Straßen und Wegen
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind zu Beginn der Sitzung 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Kremser informiert, dass er unter TOP 5 „Verschiedenes“ eine Information zur „Sundine“ geben möchte.

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen oder Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.04.2016

Die Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.04.2016 wird bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR) Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: AN 0038/2016

Frau Kindler stellt die Städte-Koalition vor und merkt die Bedeutsamkeit dieser in der heutigen Zeit an. Die Kosten für eine Stadt mit bis zu 100.000 Einwohnern belaufen sich auf einen jährlichen Mitgliedsbeitrag von 500 €. Die Beratung innerhalb der Fraktionen und die darauf-

folgende Auswertung im Ausschuss werden erbeten. Entsprechendes Material wurde zusammengestellt und soll den Fraktionen über das Gremieninformationsportal zugänglich gemacht werden.

Frau von Allwörden erkundigt sich darüber, ob bereits Maßnahmen des erforderlichen 10-Punkte-Plans in Stralsund umgesetzt wurden.

Frau Kindler erläutert, dass der 10-Punkte-Aktionsplan, unabhängig davon, ob bereits Maßnahmen durchgeführt wurden oder nicht, seitens der Stadt vorgehalten werden muss.

Frau Dr. Carstensen erkundigt sich danach, wie die Einhaltung der Punkte überprüft werde und die Umsetzung der Punkte erfolgen soll.

Frau Kindler verweist auf das zusammengestellte Material. Die Struktur und Verfahrensweise des Bündnisses sei dort genau erklärt.

Frau Ehlert macht auf die Aktualität des Themas aufmerksam. Es sei wichtig darüber nachzudenken, wie mit dem Eintreffen der Flüchtlinge umgegangen werde und eine dezentrale Unterbringung anzustreben. Eine erneute Beratung zum Thema soll am 20.09.2016 erfolgen.

Herr Albrecht berichtet, dass er ein Telefonat mit der Geschäftsstelle in Potsdam geführt habe. Er verweist auf das Entstehen zusätzlicher Kosten, welche jedoch überschaubar seien. Wichtig sei zudem das Errichten einer Stelle, welche sich der Städte-Koalition annimmt. Möglicherweise kann diese Aufgabe dem/der Integrationsbeauftragten zugewiesen werden. Zu bedenken sei allerdings, dass diese Stelle nur für zwei Jahre befristet bestehe und darüber nachgedacht werden muss, wer danach mit der Aufgabe betraut werden soll.

zu 4.2 Barrierefreiheit von Fußwegen, Verwaltungsgebäuden, und öffentlichen Veranstaltungen

Frau Ehlert bittet um Informationen, inwieweit innerhalb der Hansestadt Stralsund Maßnahmen für eine barrierefreie Gestaltung von Verwaltungsgebäuden, Wegen etc. ergriffen wurden.

Herr Bogusch berichtet, dass das Gehwegkonzept für den Stadtteil Knieper erarbeitet und in den Ausschüssen vorgestellt wurde. Zudem laufe die schrittweise Umsetzung des Konzeptes. Eine Ausweitung des Gehwegkonzeptes auf andere Stadtteile konnte bisher noch nicht umgesetzt werden. Der Grund hierfür liegt darin, dass der Handlungsbedarf im Stadtteil Knieper sehr groß sei und dieser als Schwerpunkt festgelegt wurde. Die Gebiete Altstadt und Frankenvorstadt seien allerdings über die Sanierungsgebiete abgedeckt.

zu 4.3 Beratung zu "dunklen Ecken" in Stralsund - Bessere Beleuchtung von Straßen und Wegen

Frau Ehlert erfragt den Fortschritt bezüglich der Beleuchtung an der Diesterweghalle.

Herr Bogusch schildert, dass die erforderliche Beleuchtung mit in die Haushaltsplanung für das Jahr 2017 aufgenommen werden soll, derzeit allerdings keine Mittel für eine Umsetzung zur Verfügung stünden.

Herr Bogusch verdeutlicht, aufgrund des Unmutes von Herrn Kremser, dass die Haushaltsmittel begrenzt seien und keine Möglichkeit bestehe, die Maßnahme kurzfristig umzusetzen.

Frau Ehlert verstehe den Unmut bezüglich der fehlenden Beleuchtung und der daraus resultierenden Unfallgefahr. Allerdings wird angemerkt, dass die Stadt nur im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten handeln kann. Dennoch wird erbeten weiterhin nach dunklen Ecken und somit potenziellen Gefahrenquellen Ausschau zu halten und diese zu melden.

zu 5 Verschiedenes

Herr Kremser berichtet, dass er Herrn Lindner als Landtagsabgeordneten über die Angelegenheit bezüglich der fehlenden KÜcheneinrichtung des Frauentreffs „Sundine“ informiert habe. Herr Lindner erklärte sich zur Hilfe bereit und sponserte unter anderem einen Teil der Einrichtung. Ein Vertreter der Ostseezeitung (Herr Rödel) war am Tag der Lieferung anwesend und verfasste einen entsprechenden Artikel, welcher bei Herrn Kremser zu großem Unmut führte. Er bemängelt, dass der Artikel unvollständig sei und ein erarbeiteter Gegenentwurf, welcher an die Ostseezeitung gesandt wurde, nicht angenommen wurde.

Frau Ehlert bedankt sich für die schnelle Umsetzung der Tempo-30-Zone vor der Kindertagesstätte „Spielkiste“ bei Herrn Bogusch.

Sie teilt weiter mit, dass der Lindenkreisel nun gut zu befahren sei.

Des Weiteren informiert sie über die Terminverschiebung der am 02.06.2016 geplanten Rollstuhl Rallye 2016. Grund hierfür ist das „Festival der Sinne“, in Kooperation mit dem Behindertenverband Stralsund e.V., welches zeitgleich stattfinden würde. Nach einem Gespräch mit Frau Landgraf von der KISS, soll die Rollstuhl Rallye nun während des Gesundheits- und Selbsthilfetag am 07.09.2016 stattfinden.

Herr Kremser berichtet von Containern, die auf Anwohnerparkflächen im Frankenwall aufgrund von Bauarbeiten abgestellt wurden. Die Parkmöglichkeiten der Bewohner werden damit weiter einschränkt. Er fordert dafür Ausgleichsparkflächen.

Herr Bogusch informiert darüber, dass mit dem Bewohner-Parkausweis kein Recht auf einen Stellplatz erworben werde. Die Stadt sei bestrebt, bei längeren Baumaßnahmen Ausgleichsflächen zu schaffen, verzichte bei kleineren Maßnahmen jedoch darauf.

Frau Dr. Carstensen berichtet über die Gründung eines Netzwerkes „Demenz“ in Stralsund. Bei Interesse möchte sich das Netzwerk, welches unter anderem die Vision einer „demenzfreundlichen Kommune“ hat, im Ausschuss vorstellen.

Zusätzlich macht Frau Dr. Carstensen auf das Beachten der Barrierefreiheit im Zoo aufmerksam, da dort diesbezüglich noch Probleme bestünden.

Frau Kindler informiert, dass sich das Netzwerk „Frühe Hilfen“ ebenfalls vorstellen möchte.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Die Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keine Redebedarf bestand.

gez. Sabine Ehlert
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung

Titel: Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Federführung: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Datum: 31.05.2016
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	09.06.2016	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten einmal monatlich an einem Samstag anzubieten.
2. Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird beauftragt beim Städte- und Gemeindetag anzuregen sich dafür einzusetzen, dass Passangelegenheiten auch von Meldestellen bearbeitet werden, bei denen ein Bürger einen Nebenwohnsitz hat.

Begründung:

Wer beispielsweise einen Reisepass beantragen will, kann dies ausschließlich beim Einwohnermeldeamt am Ort seines Hauptwohnsitzes tun. Persönliches Erscheinen ist hierbei unabdingbar, da ein Vertreter nicht akzeptiert wird. Stralsunder*innen, die außerhalb von Stralsund einen Nebenwohnsitz haben, um dort beispielsweise zu arbeiten oder eine Ausbildung zu absolvieren, können ihre Passangelegenheiten angesichts der angebotenen Öffnungszeiten im Stralsunder Meldeamt nur mit erheblichen Mühen regeln. Das Einwohnermeldeamt reagiert auf das Problem derzeit insbesondere durch Öffnungszeiten an sog. Brückentagen, obgleich die Mitarbeiter*innen der Verwaltung auf diese Weise einen attraktiven Urlaubstag nicht in Anspruch nehmen können.

Andere Kommunen lösen dieses Problem durch Öffnungszeiten an einem Samstag pro Monat. Diese Lösung wäre für die Stralsunder*innen attraktiv, könnte aber durchaus auch im Interesse der Verwaltungsmitarbeiter*innen attraktiv sein, wenn hierdurch die Notwendigkeit der Öffnung an sog. Brückentagen entfällt.

Eine weitere Lösung bestünde möglicherweise darin, dass Meldeämter gegenseitige Unterstützung leisten, bzw. ihre Zuständigkeit erweitern, indem auch Passangelegenheiten in Meldeämtern möglich ist, bei dem sich ein Haupt- oder Nebenwohnsitz befindet. Wäre dies möglich, entfielen der Grund für erweiterte Öffnungszeiten am Samstag.

TOP Ö 4.3

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.8

Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten

Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlage: AN 0062/2016

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

1. Die Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten einmal monatlich an einem Samstag anzubieten.
2. Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird beauftragt beim Städte- und Gemeindetag anzuregen sich dafür einzusetzen, dass Passangelegenheiten auch von Meldestellen bearbeitet werden, bei denen ein Bürger einen Nebenwohnsitz hat.

Beschluss-Nr.: 2016-VI-04-0400

Datum: 09.06.2016

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 09.06.2016

**Zu TOP : 9.8
Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten
Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vorlage: AN 0062/2016**

Frau Fechner begründet den Antrag ausführlich.

Herr Jungnickel merkt an, dass dieser Antrag zu zusätzlichen Personalkosten führt und erfragt, wie diese ausgeglichen werden sollen.

Herr Tanschus erläutert, dass keine zusätzlichen Kosten bei einer Arbeitszeit am Samstag bis 13:00 Uhr anfallen.

Jedoch fehlt die Arbeitszeit in der Woche, da die Wochenarbeitszeit 40 Stunden beträgt.

Herr Bauschke beantragt im Namen der CDU/FDP-Fraktion, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen.

Bereits in der März Sitzung wurde der Prüfauftrag beschlossen, die Online-Termin-Vergabe zu evaluieren und zu prüfen. Der nun vorliegende Antrag sollte gemeinsam mit Prüfauftrag behandelt werden.

Herr Hofmann kann sich vorstellen, die Beratung zu diesen beiden Anträgen auch auf andere Ämter auszudehnen.

Herr Dr. von Bosse teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einer Verweisung zustimmen kann.

Herr Schulz lässt über den Antrag auf Verweisung der Beratung in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

1. Die Öffnungszeiten für Meldeangelegenheiten einmal monatlich an einem Samstag anzubieten.
2. Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird beauftragt beim Städte- und Gemeindetag anzuregen sich dafür einzusetzen, dass Passangelegenheiten auch von Meldestellen bearbeitet werden, bei denen ein Bürger einen Nebenwohnsitz hat.

Mehrheitlich zugestimmt

Beschluss-Nr.: 2016-VI-04-0400

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 21.06.2016

**Titel: zur Einführung einer / eines Kinderbeauftragten
Einreicher. SPD-Fraktion**

Federführung: Fraktion SPD	Datum: 31.05.2016
Einreicher: Fraktion SPD	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	09.06.2016	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt:

der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. gemeinsam mit dem Lokalen Bündnis für Familie der Hansestadt Stralsund und den im Kinder- und Jugendbereich tätigen freien Trägern die konkrete Aufgabenbeschreibung für die Tätigkeit eines / einer Kinderbeauftragten zu erarbeiten sowie den dafür erforderlichen Stellenbedarf festzustellen,
2. die Ergebnisse der Prüfungen und Feststellungen zur Ziffer 1. im Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu beraten und nach dortiger Zustimmung
3. einen Entwurf für entsprechende Änderungen der Hauptsatzung und des Stellenplans der Bürgerschaft – nach erneuter Beratung im Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung – vorzulegen.

Begründung:

Kinderbeauftragte vertreten die Interessen von Kindern. Sie planen, koordinieren und kontrollieren städtische Aktivitäten zur Erhöhung der Kinder- und Familienfreundlichkeit bzw. passen auf, dass die Stadt kinderfreundlich bleibt. Sie geben aber auch Impulse für einen kinder- und familienfreundlichen Wirtschaftsstandort oder stellen Bedürfnisanalysen von Kindern und Familien in der jeweiligen Stadt auf. Städtische Gremien werden in Kinderangelegenheiten beraten. Mit Verbänden und Institutionen, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, wird zusammen gearbeitet. Sprechstunden für Kinder, Jugendliche und Eltern werden von ihnen angeboten. Sowohl Kinder als auch Erwachsene können sich bei Problemen an sie wenden. Erwachsene erhalten auch Informationen, wie sie sich aktiv für mehr Kinderfreundlichkeit einsetzen können. Kinder werden beraten und anwaltschaftlich unterstützt. Kinderbeauftragte gibt es in vielen Städten, z. B. in Stuttgart, München Heidelberg, Coburg oder Greifswald. Seit 1992 gilt das „Übereinkommen der Vereinten

Nationen über die Rechte des Kindes“ auch in der Bundesrepublik Deutschland. Eines dieser Rechte lautet: „Freie Meinungsäußerung, Information und Gehör“. Unsere Hansestadt sollte eine kinderfreundliche Stadt sein, in der Kinder mitgestalten können und sich zu Hause fühlen sollen. Diese Kinderfreundlichkeit setzt voraus, dass man bei allen zukünftigen Planungen deren Auswirkungen auf Kinder als zukünftige Erwachsene prüft und berücksichtigt. Dies bedeutet u.a. auch, dass den Kindern Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt werden. In einer kinderfreundlichen Stadt Stralsund soll dies bedeuten, dass Kinder ihre Meinung in den Angelegenheiten, die sie betreffen, dem Alter und dem Reifegrad entsprechend mitteilen können und diese zu berücksichtigen sind. Die Stelle eines / einer Kinderbeauftragten ergänzt die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten und der oder des Migrations- und Integrationsbeauftragten. Die / der Kinderbeauftragte hat gegenüber dem Jugendamt und dem Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung den Vorteil, als einzubindendes Querschnittsorgan frühzeitig in sämtliche für die Kinderpolitik wesentliche Maßnahmen, wie z.B. Bauplanungsmaßnahmen, eingebunden zu werden. Hierdurch wird gewährt, dass Maßnahmen, die nicht unmittelbar in den Kompetenzbereich des Jugendamtes bzw. des Jugendhilfeausschusses fallen, jedoch eine erhebliche Bedeutung für Kinder in unserer Stadt haben können, frühzeitig bekannt werden und somit auch die Interessen der Kinder ebenfalls frühzeitig in die angedachten Maßnahmen eingebracht werden können. Die / der Kinderbeauftragte soll durch eine Person wahrgenommen werden, welche bereits nach Hauptsatzung eine andere Beauftragtenaufgabe wahrnimmt. Dadurch kann gewährleistet werden, dass die Stellung einer / eines Kinderbeauftragten hauptamtlich (mit-)wahrgenommen wird. Sollte eine Hauptamtlichkeit nicht gewährleistet werden können, muss über die Ausgestaltung im Ehrenamt, eventuell auf Honorarbasis, nachgedacht werden. Zu bedenken ist dann jedoch, dass die wichtige Querschnittsfunktion der Aufgabe eingeschränkt werden könnte.

Peter van Slooten
Fraktionsvorsitzender

TOP Ö 4.4

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.9
zur Einführung einer / eines Kinderbeauftragten
Einreicher. SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0061/2016

Die Bürgerschaft beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. gemeinsam mit dem Lokalen Bündnis für Familie der Hansestadt Stralsund und den im Kinder- und Jugendbereich tätigen freien Trägern die konkrete Aufgabenbeschreibung für die Tätigkeit eines / einer Kinderbeauftragten zu erarbeiten sowie den dafür erforderlichen Stellenbedarf festzustellen,
2. die Ergebnisse der Prüfungen und Feststellungen zur Ziffer 1. im Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu beraten und nach dortiger Zustimmung
3. einen Entwurf für entsprechende Änderungen der Hauptsatzung und des Stellenplans der Bürgerschaft – nach erneuter Beratung im Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung – vorzulegen.

Beschluss-Nr.: 2016-VI-04-0401

Datum: 09.06.2016

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.4

Auszug aus der Niederschrift über die 04. Sitzung der Bürgerschaft am 09.06.2016

**Zu TOP : 9.9
zur Einführung einer / eines Kinderbeauftragten
Einreicher. SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0061/2016**

Frau Dr. Carstensen begründet den Antrag ausführlich.

Frau von Allwörden beantragt im Namen der CDU/FDP-Fraktion, die Beratung des Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen, da dem Antrag nicht zu entnehmen ist, was ein solcher Kinderbeauftragter leisten soll und in welchem Umfang die Aufgaben wahrgenommen werden sollen. Es gibt noch erheblichen Diskussionsbedarf. Probleme die Kinder haben, stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Familie oder erfordern ein Einbeziehen der Familie. Deshalb wird für die Tätigkeit eines Familienbeauftragten plädiert.

Herr Jungnickel für die Fraktion Linke offene Liste unterstützt die Verweisung der Beratung in den Ausschuss.

Herr Pieper erfragt die fehlende Kostendeckung für die anfallenden Personalkosten.

Herr Laack schlägt für eine Kostendeckung eine Kürzung der Haushaltsmittel für die Fahrzeuge des Oberbürgermeisters und der Senatoren vor.

Frau Quintana Schmidt verweist auf die Zuständigkeit des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung.

Frau Kühl erinnert an die Beratungen zum Kinder- und Jugendparlament, welche im Sande verlaufen sind, da kein wirkliches Interesse bestand.

Herr Hartlieb informiert, dass die Hansestadt Stralsund keine Investitionen in die angesprochenen Dienstwagen tätigt. Hier findet das Leasing-Verfahren für Großunternehmer Anwendung, welches die Kosten minimiert.

Frau Bartel betont, dass der Antrag schon die Einrichtung eines Kinderbeauftragten beinhalten soll, aber eine Erweiterung auf die Familie kann durchaus erfolgen.

Herr Schulz lässt über den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. gemeinsam mit dem Lokalen Bündnis für Familie der Hansestadt Stralsund und den im Kinder- und Jugendbereich tätigen freien Trägern die konkrete Aufgabenbeschreibung für die Tätigkeit eines / einer Kinderbeauftragten zu erarbeiten sowie den dafür erforderlichen Stellenbedarf festzustellen,

2. die Ergebnisse der Prüfungen und Feststellungen zur Ziffer 1. im Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu beraten und nach dortiger Zustimmung

3. einen Entwurf für entsprechende Änderungen der Hauptsatzung und des Stellenplans der Bürgerschaft – nach erneuter Beratung im Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung – vorzulegen.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2016-VI-04-0401

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 21.06.2016

Titel: Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Federführung: Fraktion BfS/AfD	Datum: 13.01.2015
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der LEG, eine Park App für die Hansestadt Stralsund erstellt. Pünktlich zum Beginn der Sommerferien sollte diese verfügbar sein.

Begründung:

Beim Betrachten des Internetauftritts unserer Hansestadt Stralsund fällt auf, dass Stralsund keine App fürs Handy hat.

Unsere Idee ist, dass die Daten des Parkleitsystems auf einer Stralsund App zu finden sind. Das bedeutet, man sieht einen Stadtplan, die Parkhäuser und die aktuellen freien Plätze. Klickt man ein Parkhaus an, erhält man eine Wegbeschreibung. P&R Plätze müssen natürlich auch mit angegeben werden und gleichzeitig eine Wegbeschreibung. So hat die Hansestadt Lübeck eine Top Version. Siehe <http://www.parken-luebeck.de/>
Die App könnte auch anzeigen, wo Anwohnerparkplätze sind und die Besucher unserer Stadt nicht parken können. Als letztes, es sollte eine Vernetzung mit den bereits vorhandenen Wegbeschreibungen u.ä. aufgenommen werden. Diese sind momentan in einer guten Qualität vorhanden, aber aus unserer Sicht nicht benutzerfreundlich zusammengefasst.

Michael Philippen
Fraktionsvorsitzender

TOP Ö 4.5

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.4

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in die Ausschüsse für Finanzen und Vergabe; für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der LEG, eine Park App für die Hansestadt Stralsund erstellt. Pünktlich zum Beginn der Sommerferien sollte diese verfügbar sein.

Beschluss-Nr.: 2015-VI-01-0151

Datum: 22.01.2015

Im Auftrag

Gez. Kuhn

TOP Ö 4.5

Auszug aus der Niederschrift über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 22.01.2015

Zu TOP : 9.4

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Meier beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Finanzen und Vergabe und Bau, Umwelt und Stadtentwicklung.

Herr Philippen kann einer Verweisung zustimmen.

Herr Haack begründet kurz den Antrag und schließt sich Herrn Philippen an.

Frau Müller schlägt vor, dass der Antrag zusätzlich in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung verwiesen wird. Zudem merkt Frau Müller an, dass die Deckungsquelle fehlt.

Herr Paul stellt den erweiterten Verweisungsantrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt, die Beratung des folgenden Antrages in die Ausschüsse für Finanzen und Vergabe; für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie für Familie, Sicherheit und Gleichstellung zu verweisen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass die Stadtverwaltung, gemeinsam mit der LEG, eine Park App für die Hansestadt Stralsund erstellt. Pünktlich zum Beginn der Sommerferien sollte diese verfügbar sein.

Mehrheitlich zugestimmt

Beschluss-Nr.: 2015-VI-01-0151

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 05.02.2015

TOP Ö 4.5

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 17.02.2015

Zu TOP : 4.1

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Bogusch teilt mit, dass es sich hier um einen verwiesenen Antrag aus der Bürgerschaft handelt. Zum Modell in Lübeck informiert er, dass es sich dort nicht um eine App, sondern um eine Homepage handelt, auf der alle Informationen zum Parken bereitgestellt werden.

Herr Bogusch informiert über die ersten Überlegungen, die in der Verwaltung besprochen wurde. Es wäre möglich, über die Themenkarte „Parken/ Verkehr“, die bereits auf der Homepage der Stadt abrufbar ist, weitere Informationen zu Parkhäusern und Parkmöglichkeiten auch für Menschen mit Behinderung in Stralsund bereit zu stellen. Die Kapazität ist abrufbar, jedoch nicht die derzeitige Belegung. Die Auslastung ist jedoch über das Parkleitsystem vor Ort ersichtlich.

Von den Betreibern der Parkhäuser ist es nicht gewollt, vorab die Belegung recherchieren zu können, da sich diese ständig ändert und so ein Ausweichen der potenziellen Kunden möglich wäre.

Frau Behrendt weist darauf hin, dass die Darstellung der Informationen auf der Internetseite eine gute Variante darstellt. Eine App muss für verschiedene Systeme kostenpflichtig programmiert werden. Weiter muss die App beworben werden, um sie den potenziellen Nutzern auch bekannt zu machen. Es ist fraglich, ob Besucher im App Store nach einer Park App für Stralsund suchen würden.

Frau Kindler teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen über den Antrag beraten hat. Es würde vorgeschlagen, die Website ggf. anzupassen und eine Funktionserweiterung schon vorhandener Möglichkeiten in die Überlegungen einzubinden. Weiter sollte bei einer App bedacht werden, dass sie auch bei Nutzung mit dem Handy lesbar bleibt. Weiter solle in die Überlegungen mit einfließen, die Fahrpläne des ÖPNV ggf. zu integrieren.

Frau von Allwörden sieht die Handhabung einer App viel einfacher und praktischer für Smartphone-Nutzer. Der Abruf einer Internetseite ist kompliziert und dauert zu lange. Dies wird von Frau Ehlert bestätigt. In die App können auch die Gastronomie, die Hotelbranche und der Tourismus integriert werden.

Herr Ihlo gibt zu bedenken, dass die neuen Autos mit Navigationsgerät ausgestattet sind, in dem diese Informationen auch alle abrufbar sind, ohne das Handy nutzen zu müssen. Jedoch geht der Trend immer mehr in Richtung App. Viele Firmen und Dienstleister bieten Apps an. Daher ist hier Beratungsbedarf vorhanden.

Frau Ehlert fasst zusammen, dass die App spezifische Angaben z.B. über die Anzahl der freien Parkplätze, Behindertenparkplätze, Hotels, Gaststätten bietet.

Dazu stellt Herr Bogusch klar, dass auch diese Angaben auch auf der Homepage abrufbar sein können. Die Stadtkarten auf der Stralsund Seite sind relativ groß und somit auch mit dem Smartphone abrufbar.

Dazu stellt Frau von Allwörden klar, dass jemand der die Seite der Stadt nicht kennt, erst im Internet recherchieren muss, wie die Seite der Stadt heißt. Dann muss er sich durch die Seite klicken, um zu den nötigen Informationen zu gelangen. Dies geht mit einer App, die man sich im Vorfeld der Reise schon herunter laden kann viel zeitsparender und übersichtlicher.

Frau Behrendt macht deutlich, dass bei der Erarbeitung der jetzigen Website darauf geachtet wurde, dass diese mit Smartphones lesbar ist. Das Erstellen einer mobilen Website hätte zusätzlich viel Geld gekostet und wurde daher verworfen. Sie schlägt vor, die vorhandene Website mit zusätzlichen Informationen aufzuarbeiten.

Frau Kindler macht deutlich, dass eine App hohe Kosten haben könnte. Dazu macht Frau Behrendt deutlich, dass es eine werbefinanzierte App der Tourismuszentrale gab. Diese hat sich nicht getragen und wird daher nicht mehr angeboten.

Frau Ehlert schlägt vor, den Antrag in die Fraktionen zu verweisen, da es noch Beratungsbedarf gibt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 02.03.2015

gez. Constanze Schütt

TOP Ö 4.5

Auszug aus der Niederschrift über die 02. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am 18.02.2015

Zu TOP : 3.2.1

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Bogusch erläutert, dass es sich bei der Homepage „Parken in Lübeck“ um keine App handelt. Die Hansestadt Stralsund stellt selbstverständlich auch Informationen zum Thema Verkehr und Parken auf ihrer Homepage zur Verfügung. Die Verwaltung hat festgestellt, dass das Thema Parken noch stärker herausgestellt werden sollte. Die Verwaltung empfiehlt daher es bei der Homepage zu belassen. Es besteht kein zwingender Bedarf einer App.

Herr Meißner spricht sich für ein solches System aus. Die Einbindung ins Parkleitsystem der Stadt würde sich wohl schwierig gestalten.

Herr Lewing ist der Meinung, dass eine Park-App in Stralsund nicht benötigt wird. Ausweichmöglichkeiten sind in kürzester Zeit erreichbar.

Der Vorsitzende, Herr Lastovka, schlägt vor, den Beschlussvorschlag zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 09.03.2015

Gez. Nicole Böttner

TOP Ö 4.5

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe am 24.02.2015

Zu TOP : 4.1

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Herr Bogusch erläutert, dass das Thema bereits im Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung und im Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung beraten wurde. Im Ergebnis wurde es in die Fraktionen verwiesen. Das genannte Beispiel aus Lübeck ist eine Homepage und keine App. Seitens der Verwaltung wird auch die Homepage-Variante favorisiert. Auf www.stralsund.de können bereits viele Informationen rund um das Thema Verkehr abgerufen werden. Auch die Homepage hat noch Optimierungspotential. Eine Park-App ist nicht zwingend erforderlich. Die Realisierung einer App mit Navigationsfunktion ist sehr kostenintensiv.

Auf Nachfrage von Herrn Meier berichtet Herr Bogusch über die bestehende Stralsund-App, die jedoch im App-Store nicht mehr verfügbar ist.

Frau Behrendt führt weiter aus, dass die Stralsund-App um das Thema Parken erweitert werden könnte. Man rechnet mit einem mittleren bis hohen vierstelligen Betrag zur Erstellung einer solchen Park-App. Es ist unwahrscheinlich, dass Kurzurlauber sich eine Park-App herunterladen. Laut einer Gästebefragung informieren sich Urlauber lieber vor Ort. Das Parkleitsystem ist ausreichend für Stralsund.

Auf Nachfrage von Herrn Hölbing gibt Herr Bogusch bekannt, dass bisher keine Gespräche mit der Fachhochschule Stralsund geführt wurden. Man müsse sich nach einem Partner an der FH umsehen.

Herr Pieper hält die Stralsund-App für nicht hilfreich. Es ist sinnvoll die Parkplätze, die Wege und die Sehenswürdigkeiten miteinander zu verbinden und mittels QR-Code Informationen zu historischen Sehenswürdigkeiten abzurufen.

Herr Bogusch antwortet auf die Frage von Herrn Pieper und teilt mit, dass die Belegungszahlen der Parkhäuser an einen zentralen Parkleitrechner gemeldet werden, der sich im Parkhaus am Hafen befindet. Hier werden die Belegungszahlen der privat geführten sowie die der LEG betriebenen Parkhäuser verarbeitet. Die Belegung ist auch jederzeit über die Verkehrsbehörde abrufbar. Man müsste Gespräche mit den privaten Parkhausbetreibern führen, ob es gewollt ist, die Belegungszahlen im Internet darzustellen. Für das Parkleitsystem gibt es solch eine Vereinbarung.

Herr van Slooten ist der Meinung, dass innerhalb der Altstadtinsel wenig Durchgangsverkehr gewollt ist. Es ist unter den derzeitigen Gegebenheiten wenig sinnvoll. Davon sollte Abstand genommen werden.

Herr Kuhn erwartet von der Verwaltung eine Kostenaufstellung/Kostenvoranschlag, um eine Entscheidung zu diesem Thema im Ausschuss für Finanzen und Vergabe treffen zu können. Herr Bogusch schlägt vor, die Thematik vorrangig im BUSTa zu behandeln. Erst wenn man dort zu einem Ergebnis gekommen ist, kann man über Kosten reden.

Herr Hölbing bittet darum, dass Gespräch mit der Fachhochschule zu suchen, um die Kosten so gering wie möglich zu halten.

Herr Meier schließt sich der Aussage von Herrn Bogusch an und schlägt die Verweisung zur Beratung in die Fraktionen vor.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 02.03.2015

Gez. Constanze Schütt

TOP Ö 4.5

Auszug aus der Niederschrift über die 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung am 18.03.2015

**Zu TOP : 4.2
Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD
Vorlage: AN 0012/2015**

Die CDU/FDP Fraktion ist für eine Anpassung der Stralsund-Seite, um sie auch für Handys nutzbar zu machen. Frau von Allwörden spricht sich nach der eben vorgestellten Präsentation für eine Stralsund App aus. Herr van Slooten ist ebenfalls der Meinung, dass eine Verzahnung mehrerer Punkte notwendig ist.

Herr van Slooten stellt den Antrag den Tagesordnungspunkt zurück zustellen.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben:

Stralsund, 07.04.2015

Gez. Gaby Ely

TOP Ö 4.5

Auszug aus der Niederschrift über die 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 29.09.2015

Zu TOP : 4.3

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Frau von Allwörden stellt fest, dass eine Park App möglicherweise nicht ausreichen würde und man deshalb gegebenenfalls eine Stralsund App initiieren sollte.

Frau Dr. Carstensen macht darauf aufmerksam, dass es bereits eine Stralsund App gab, die jedoch eingestellt wurde.

Frau von Allwörden bestätigt dies, jedoch hat diese App die Ansprüche nicht erfüllt. Es sollte eine umfangreichere App geben, die nicht nur das Thema Parken enthält.

Herr Rietesel erklärt, dass es sich um eine Weiterleitungs-App handeln soll, die den Nutzer auf die entsprechende Homepage weist.

Frau von Allwörden erwidert, dass jedoch ausgerechnet die Homepage der Stralsunder Stadtverwaltung untauglich für Smartphones ist.

Frau Behrendt bestätigt, dass die jetzige Internetseite noch nicht responsiv ist. Deshalb habe man im Haushalt für das nächste Jahr Geld für die Umstellung eingestellt. In Zusammenarbeit mit Herrn Bogusch wird an einer Aufarbeitung der Informationen zum Thema Parken auf Stralsund.de gearbeitet. Die Tourismuszentrale hat ebenfalls ein großes Interesse an einer App. Derzeit gibt es keine Aktivitäten, deshalb müsste ein Zeitplan aufgestellt werden.

Frau Dr. Carstensen fragt, ob es bereits einen Kontakt zur Fachhochschule bezüglich dieser App gibt.

Frau Behrendt verneint dies, wird diesen Punkt aber aufnehmen.

Herr Rietesel berichtet, dass ein Professor der Fachhochschule den Entwurf einer App durch Studenten für machbar erklärt hat, jedoch sei die Pflege seitens der Fachhochschule nicht möglich.

Frau Behrendt erläutert, dass eine Zusammenarbeit mit der Fachhochschule immer möglich ist. Wenn man jedoch schnelle Ergebnisse erzielen will, sollte man sich am freien Markt orientieren.

Herr Kremser hofft, dass die Verwaltung im nächsten Jahr eine Lösung offeriert. Er schlägt vor, dass Thema zurückzustellen, bis die Verwaltung ein Konzept vorlegt.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorgehen einverstanden. Der Tagesordnungspunkt wird in einer Sitzung im 2. Quartal 2016 wieder auf die Tagesordnung gesetzt..

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 06.10.2015

TOP Ö 4.5

Auszug aus der Niederschrift über die 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 19.04.2016

Zu TOP : 4.2

Erstellen einer Park App

Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD

Vorlage: AN 0012/2015

Frau Behrendt informiert darüber, dass bisher nicht an einem Konzept für eine eigene Stralsund-Park-App gearbeitet wurde.

In diesem Jahr werden die Homepage der Hansestadt Stralsund www.stralsund.de sowie die gemeinsame Welterbe-Webseite der Städte Stralsund und Wismar www.stralsund-wismar.de für die Darstellung auf mobilen Geräten optimiert.

Frau Behrendt berichtet, dass die Tourismuszentrale der Stadt gemeinsam mit einer externen Firma im Jahr 2011 eine Stralsund-App entwickelt hat. Aufgrund der veralteten Daten habe die Tourismuszentrale im Jahr 2015 eine Aktualisierung vorgenommen.

Die Gründe, warum keine eigene Park-App entwickelt wurde, werden durch Frau Behrendt ausführlich erläutert. Einerseits sei der Aufwand für eine Stadt dieser Größe und der überschaubaren Zahl der Parkhäuser unverhältnismäßig. Andererseits seien im Geografischen Informationssystem (GIS) der Stadt Parkflächen gekennzeichnet. Es wird auf weitere, bereits vorhandene Möglichkeiten, sich über Parkmöglichkeiten zu erkundigen, informiert.

Frau Behrendt merkt außerdem an, dass die geforderte Kommunikation der Verfügbarkeit von Parkplätzen durch das vorhandene Parkleitsystem erfolge. Es sollten bestehende Angebote genutzt werden.

Frau Behrendt macht die Anwesenden auf eine bereits vorhandene App aufmerksam. Die „Parkopedia“ App wird durch die Nutzer gefüllt. Da sie in 35 Ländern nutzbar ist, kann der App-Nutzer sie in vielen Städten und Ländern nutzen und muss sich nicht für jede Stadt eine eigene App herunterladen.

Die App bietet umfassende Informationen zu Parkmöglichkeiten, Kosten, Öffnungszeiten von Parkhäusern usw.

Auch eine Navigation über die App ist möglich.

Abschließend schlägt Frau Behrendt vor, das Thema zu beenden und festzulegen, für die Hansestadt keine eigene App zu programmieren.

Herr Kremser informiert, dass auf Anwohnerparkplätzen am Frankenwall 5/6 am 30. und 31.03. Baucontainer abgestellt waren. Darüber sollten Anwohner informiert werden.

Frau Kindler findet eine allgemeine App sinnvoller, da sie überall nutzbar ist.

Herr Ihlo informiert, dass man in der Stralsund-App Informationen zu Parkhäusern und Einkaufsmöglichkeiten erhält.

Frau Ehlert schlägt vor, die neuen Erkenntnisse mit den Fraktionen zu beraten, damit das Thema zum Abschluss gebracht werden kann.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn erläutert Frau Behrendt, dass mit der Umstellung der Internetseiten Mitte des Jahres gestartet werden kann.

Das Thema wird im Juli 2016 erneut auf die Tagesordnung gesetzt, um das Thema abzuschließen.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 10.05.2016